

Die Halle vierteljährlich bei nachfolgender Bestellung 2,50 Mk., durch die Post 3,25 Mk., einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Am amtlichen Zeitungs-Vergleichsunter 'Saale-Zeitung' eingetragen.

Nur unterliegt eingehende Manuskripte mit dem Gewähr übernommen. Rücksendung nur mit Quittungsbogen: 'Saale-Ztg.' gefälligst.

Verantwortlicher Redakteur Hr. 1140; der 'Saale-Ztg.' Hr. 170; der Abonnement-Verwaltung Hr. 1133.

Saale-Zeitung.

Einundvierzigster Jahrgang.

werden die Geparolten Kolonellen oder deren Mann mit 30 Pfg., alle and. mit 20 Pfg., bezahlet und in weiteren Annehmlichkeiten und allen Entlohnungen-Expositionen angenommen. Retenken die Seite 76 Nr. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erstausgabe täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Druck-Verwaltung: Hr. 170, Str. Dammstraße 17; Redaktions-Gebäude: Markt 24.

Nr. 77.

Halle a. S., Mittwoch, den 15. Februar.

1911.

Zweite Lesung des Marineetats.

Deutscher Reichstag.

127. Sitzung vom Dienstag, den 14. Februar.

Am Tische des Bundesrats: v. Tirpitz, Capelle, Böhnhardt. Präsident Graf Schwerin-Ludwig eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

Die zweite Lesung des Marineetats.

(Zweiter Tag.)

Hg. Dr. Semler (nlt.): Deutschland wird das Ansehen der tapferen Männer, die bei dem Unterseebootunfall ihr Leben einfügten, immer in Ehren halten. Man darf aber auch nicht die Hinterliebenden vergessen! Hoffentlich wird darum für sie gesorgt werden! Mit Stolz gedenken wir der glänzenden Mannesgüter, die die Getreteten in langen Stunden bewahrt haben. Mit einer gewissen Tendenz habe ich das hervor im Gegensatz zu dem Abgeordneten Debebour, der die im Volke so sympathische und allgemein beliebte Persönlichkeit des Prinzen Heinrich geltend zu machen versucht. (Beifall.) In der Zeit von Tagesmüdigkeit halten wir an unserer Flottenpolitik fest. Ganz gewiss muß unsere Marine zunächst in der Lage sein, unsere Küsten zu verteidigen. Innerhalb der Defensivlinie muß sie aber auch stark genug sein, um offen zu wirken zu können, wenn etwa ein Plänenangriff drohen sollte. Wir haben uns nach diesen Gesichtspunkten die Aufgaben der Flotte zu stellen. Der Schatzsekretär aber hielt hart. Wir haben vor einer dora necessitas, denn der Etat muß balancieren. Herr Droelcher hat uns gestern einen Vorwurf gemacht, daß wir die Werksstätten für erhöht haben. Das war nur unsere Pflicht. Der Redner verweist auf die Wohnungsnot in Wilhelmshaven und fordert Vorsehungen für die dortigen Detailhändler. Herr Debebour hat sich gestern gemeldet, daß der Reichskanzler hier nicht erschienen ist. Auch wir würden wünschen, daß der Reichskanzler sich öfter sehen läßt, aber was soll er bei dieser Beratung? Das Flottengeheiß muß durchgeführt werden, ganz unabhängig von jeder politischen Konstellation. (Beifall.)

Hg. Schröder (Sp.): Auch wir denken mit Dankbarkeit der tapferen Männer vom Unterseeboot U 3; auch wir verlangen, daß außerordentliche Mittel für die Hinterliebenden der Opfer bereit gestellt werden. Mit Stolz erkennen wir die gute Manesgüter in unserer Marine an. Freilich, die Ausgaben für die Flotte lassen schwer auf dem Volke. Auch für die nächste Zeit ist keine Erleichterung zu erwarten. Das ist keine erfreuliche Situation. Wir werden uns aber damit abfinden müssen. Das geht allen Staaten so, solange dem allgemeinen Weltfrieden nicht Einhalt getan wird. Der Reichskanzler ist nicht hier. Wir können also erst bei seinem Eintreffen sprechen, wie er sich zur Abstützungfrage oder zu einer allgemeinen Verständigung stellt. England hat ja die Frage schon angeknüpft. Wir wären freilich weiter, wenn nicht unsere Diplomaten zu diplomatisch gewesen wären. Das Märchen von einer deutschen Invasion in England findet bei verständigen Leuten längst keine Beachtung mehr. Wenn ein Krieg kommt, dann muß auch unsere Flotte ihren Mann stellen können. Ihr erster Zweck aber ist der der

Verteidigung unserer Küsten und des Schutzes unseres Handels.

Die Mittelände bei den Werken waren nicht zu leugnen. Die Verwaltung hat sich inzwischen bemüht, Besehung zu schaffen. Freilich wird noch eine geraume Zeit hingehen, ehe alles in Ordnung ist. Hoffentlich finden die sachgemäßen Vorschläge Dr. Struves in dieser Richtung die nötige Berücksichtigung. Warum mußte gerade an den Julagen der Heizer gepart werden? Es gibt andere Punkte genug, wo man einsehen konnte. Der Reichstag sollte den Heizer wieder die Julagen zurückerhalten. Das Unannehme der Regierung fürchten wir nicht. Wir sind es ja schon gewohnt, alle paar Tage hier ein Unannehmliches vom Reichstag zu hören. (Beifall links.)

Staatssekretär von Tirpitz: Den Vorschlag, auch für Wilhelmshaven einen Bauverein zu gründen, begrüße ich lebhaft. Den Wunsch, die Besehungen auf größere Kreise zu verteilen, möchte ich gern erfüllen. Nur können wir nicht zu den Details kommen, wenn wir zu große Forderungen stellen. Ich habe niemals geäußert, daß wir die Entlohnung unserer Marine den von Reichstagsmitgliedern Mitteln verdrängen. Aber wir haben doch im Verhältnis zu den bewilligten Mitteln eine größere Kampfmittel erzeugt als andere Länder. Wir können eben, da das Flottengeheiß von vornherein feststand, im großen arbeiten. Wir waren uns klar, daß eine Kampfspezialorganisation bestehen mußte. Wenn dafür schließlich größere Mittel erforderlich wurden, als wir ursprünglich dachten, so tragen nicht wir die Schuld daran. Wir haben die Dreanoughts nicht erzeugt, sondern sind nur sehr ungern darauf eingegangen. Aber wir mußten es tun. Gerade die Besehigung ist infolge der Dreanoughts-Politik erfolgt. Denn diese Politik hat die Schiffe ganz unverhältnismäßig schneller wertlos gemacht als man ursprünglich glaubte. Im übrigen hat doch das hohe Haus die Besehigung bewilligt und zwar gemäß den von uns errechneten Mitteln. Eine solche Errechnung ist schwierig. Tatsächlich kommt dazu, daß die Tendenz in gewissem Sinn unser natürlicher Feind ist, weil permanent neue Fragen hinzutreten, denen man sich anpassen muß. Trotzdem sind wir mit weniger ausgenommen, als einseitig veranschlagt war. Wir haben in den letzten Jahren zwei Millionen von den Mitteln gepart. Es ist sehr richtig, wenn behauptet wird, daß der Staatssekretär sich nicht auf Kleinigkeiten einlassen

darf, sondern nur die großen Richtlinien im Auge haben muß. Dem stimme ich vollständig zu. Um eine Flotte zu schaffen, braucht es lange Zeit. Man kann sie nicht wie eine Armee aus dem Boden kramen. Das trifft auch zu auf dem Gebiete der Werften. Ich kann aber behaupten, daß wir den Betrieb der Werften in den letzten zehn Jahren ständig verbessert haben. Die Werften sind in erster Linie Mobilmachungsanstalten für die Flotte. Die Fabrikation haben wir zugunsten der Privatindustrie aufs äußerste eingeschränkt und wollen das noch weiter tun. Wir betreiben sie nur soweit, als sie unumgänglich notwendig ist, als Ausgleich dafür, daß wir viel Gasarbeiter auf den Werften haben müssen. Im übrigen verweise ich, daß ich den Vorschlag des Hg. Dr. Struve über die Veränderung der Werftorganisation einer sorgfältigen Prüfung unterziehen werde. Auf das vom Hg. Schröder erörterte politische Gebiet will ich mich nicht einlassen. Ich beschränke mich ausdrücklich auf das Flottengeheiß und was damit zusammenhängt. Nur das eine möchte ich betonen: es ist

ein ganz wunderlicher Irrtum in England,

daß wir den Ausbau unserer Flotte über das Flottengeheiß hinaus beschleunigt haben. Das wäre doch nur möglich gewesen, wenn der Reichstag uns die Mittel dazu bewilligt hätte. Tatsächlich haben wir keinen Fernweg dazu gehabt. Deshalb hat diese in England aufgetauchte Behauptung auch sehr merklich zu widerlegen. Es hat von unserer Seite an Verklärung nicht gefehlt, weder vorher noch später. Dann ist von der Flottenpolitik durch die Presse gesprochen worden, ohne daß wir klar wurde, welche Presse man damit meint. Meine Presse hat — das möchte ich hervorheben — in den letzten Jahren über unsere Beziehungen zu England mit ganz verständigenden Ausnahmen sich sehr ruhig und zurückhaltend geäußert und gerade das Gegenteil von Verhehlung getan. Seitdem überhaupt Mißverständnisse zwischen Deutschland und England entstanden sind, hat die deutsche Presse sich mühsam gehalten.

(Zustimmung.) Bei der Streichung der Heizerzulagen haben wir natürlich unter gewaltigem Druck gestanden; einerseits durch das Haus und andererseits durch die Finanzlage. Trotzdem möchte ich betonen, daß die Zulage der Heizer, wie sie jetzt gestaltet ist, eine durchaus gerechte ist. Ob das Geld für die Zulage vom Reichsschatzsekretär beschafft werden könnte, entzieht sich natürlich meiner Beurteilung. (Beifall.)

Hg. Noke (Sp.): Es gehört zu den sonderbaren Gemohnheiten dieses Hauses, daß einzelne Abgeordnete gleich von Anfang an überflüssig sind. Es ist allerdings diesmal nicht von Anfang an aus dem Vollen gewirtschaftet worden, wie früher. Das bezweifle ich nicht gleich zu schimpflichen Dankstellen. Trotz der behaupteten Vorzüglichkeit unseres Kriegsschiffmateriales erhalten unsere Werften von fremden Staaten keine größeren Aufträge. Der Flottenetat ist besetzt mit seiner Altkolonie die Geschäfte der Eisenarbeiten von Kanonen und Kanonenplatten. Es wäre ärgerlich, wenn England und Deutschland sich bekriegen wollten. Keines der beiden Länder hätte einen Nutzen von der Wiederherstellung des andern.

In Kiel ist ein Marinereferat in genauhafter Weise von einem Interoffizier zu Tode gemartert worden. Er mußte in den heißen Sessel kriechen und wurde, als er zusammenbrach, fürchterlich mißhandelt. (Zuruf S. d. Sp.: Wie in Moabit!) Dem Vater teilte man dann mit, sein Sohn sei durch einen Unfall umgekommen. Der Redner behauptet, daß auch in der Marine das Schmiergeldverbrechen verbreitet ist, verlangt eine Auskunft, ob die 'Marine-Rundschau' amtlichen Charakter habe und fordert Wiederherstellung der Heizerzulagen.

Staatssekretär von Tirpitz: Das Herr Noke den Fall der schweren Mißhandlung eines Heizers hier mit den Heizerzulagen in Verbindung bringen würde, habe ich erwartet. Der Fall ist öffentlich verhandelt und aufgelistet worden. Der betreffende Interoffizier, der sich des schweren Verbrechens schuldig gemacht hat, hat offenbar verkannt, warum es sich bei keiner anderen Handlung und bei infolge dessen falsche Maßnahmen getroffen. Immerhin bleibt es ein ganz schweres Verbrechen und seiner ganzen Art nach eine Niederträchtigkeit. Wegen Niederträchtigkeit und Scharfsinnigkeit werden wir uns nicht leisten und brauchen die Hilfe der Sozialdemokraten nicht. (Beifall rechts. Zuruf S. d. Sp.) Das Verbrechen geschah bei dem Mann mit 7 Jahren Scharfsinnigkeit. Der Gerichtsstand hat aber — und daraus erkenne Sie, wie das Offizierskorps über solche Dinge denkt — diese Strafe nicht für genügend erachtet und Bewährung eingeleitet. In zweiter Instanz wurde der Mann mit 10 Jahren bestraft. Dieses Verbrechen, das überall vorkommen kann, hat also eine schwere Sühne gefunden. Das Ermittlungsverfahren gegen die aufständischen Vorgelegten ist noch nicht abgeschlossen. Es ist ein Gerichtsverfahren eingeleitet worden, wie sich das gehört. Es ist alles gegeben, was gegeben konnte. Damit schließt dieser Fall an der Frage der Heizerzulagen aus. Weiter hat Herr Noke die Dinge so dargestellt, als ob das Schmiergeldverbrechen in der Marine blühe sei. Es liegt ein einziger Fall vor, gegen eine Bettlerin. Die Ursache des Unfalls ist aber beiseite zu lassen, denn der Kontinuerkauf ist den Bettlerinnen genommen worden. Sie dürfen überhaupt nicht den Vorgesetzten nicht mehr direkt verkaufen. Die 'Marine-Rundschau' wird von einem Beamten des Reichsmarineamtes redigiert, aber nur soweit beauftragt, als es sich darum handelt, daß nicht militärische Geheimnisse veröffentlicht werden. Es besteht ja bei einem Fachblatt immer die Schwierigkeit, das zu trennen, was allgemeines Wissenswert ist, von dem, was wir doch für uns behalten wollen. Darum ist es notwendig, daß ein Beamter dabei tätig ist. Wir lassen dem Blatt volle Freiheit, wie wir nur irgend können. Wenn wir ihm die Zulage nehmen würden, so würde es einfach

eingehen. Damit würde manche Anregung für das Offizierskorps wegfallen. Auch die Zulagen der höheren Offiziere sind eingeschränkt worden, der Gehwadergehalt verliert im Jahre 4000 Mk., der Geschwaderchef im Auslande 5500 Mark. Bei der Berechnung der Heizerzulagen handelte es sich für mich um die schwerste Tat in meiner ganzen Dienstzeit. Ich weise die Behauptung zurück, als ob die Offiziere nur an sich denken. In der Gefahr standen sie immer in der Front und das gehört sich auch so. Nicht ich trage die Anzuständigkeit in die Reihen unseres Personals, sondern die Sozialdemokraten. (Beifall rechts. Zuruf S. d. Sp.) Ich sage nur die Wahrheit, und wenn die Neuordnung der Dinge von der höchsten Stelle aus beschlossen wird, dann wird auch die Anzuständigkeit ausfallen. (Beifall rechts. Zuruf S. d. Sp.)

Hg. Dr. Reber (nlt.): Der Reichstag muß sich hinter einen Minister stellen, der in Befolgung der vom Reichstag aufgestellten Grundsätze persönliche Abstriche gemacht hat, bei sein Verhältnis zu dem ihm unterstellten Personal gewiß nicht angenehmer machen. Wir halten an dem Kommissionsbeschlusse bezüglich der Heizerzulagen fest. Die Befähigungsproben von Abgeordneten sind geradezu notwendig, wenn man die Betriebe kennen lernen will. Der Redner erörtert auf Grund seiner Reise nach Kiel und Wilhelmshaven die Verhältnisse auf den Werften vom Gesichtspunkte der kaufmännischen Betriebsverwaltung. Der größte Krebsbissen bei der ganzen Sache ist der Rechnungsbau in Potsdam. Die Monita schreien zum Himmel. Der Redner gibt einige drastische Beispiele. Die Verkaufsbücher der Werft in Wilhelmshaven, die geradezu den Charakter eines großen Warenhauses angenommen haben, machen dem Mittelsland auch in den benachbarten Orten Konkurrenz. Das muß anders werden, das muß der Reichstag sich vornehmen. Dazu sind Staatsbetriebe nicht da.

Staatssekretär von Tirpitz erklärt, daß es sich um die Verkaufsbücher für Arbeiter auf der Werft handle. Staatsgelber kommen nicht in Frage. Der Beamten und Offizieren ist verboten worden, dort zu kaufen.

Hg. Herzog (nlt.): Ich erkenne an, daß ein kaufmännischer Geist in die Marineverwaltung eingezogen ist.

Hg. Dr. Kuntze (Sp.): Als gestern Herr Erbsberger seine Marineerzieht, mußte ich an das Wort von Brügel denken: 'Korh, wie hoff Du Dir verändert!' Diesmal der rosigte Optimismus in seinem Rückblick und seinen Prognose. Ich habe es jedenfalls für gefällig, unsere Marine so als eine Art Nationalparade anzufragen. Das Unannehme des Aufsehens hängt mit der Marine doch nur sehr lose zusammen. Niemand vermag anzugeben, wie sich nach einer Reihe von Jahren die Kosten stellen werden. Es sind immer dieselben Drohsätze, immer dieselbe Schmierindustrie, die den Vorkauf hat. Hoffentlich werden die Erklärungen des Staatssekretärs dazu beitragen, die Flottenpanik in England etwas einzuämmern. Die Vermählung des Staatssekretärs durch den Hg. Droelcher war selbst für einen Konterakt eine besondere Leistung. Der Heizerdienst muß extra bezahlt werden. Meine politischen Freunde haben über die gegenwärtige innere Gefahr etwas anders Auffassung als Prinz Heinrich. Der Redner spricht dem Kaiser den Dank aus für sein Auftreten gegen den Alkohol.

Hg. Werner (Sp.) erklärt sich für die Wiederherstellung der Heizerzulagen.

Hg. Erbsberger (nlt.): Warum sollen wir nicht auch einmal anerkennende Worte finden; wir können doch nicht immer kritisieren. Selbst in der deutschen Sozialdemokratie gibt es weite Kreise, die die neigende Haltung der sozialdemokratischen Partei im Reichstage ablehnen.

Hg. Dr. Struve (Sp.) behauptet die Benachteiligung der Handwerker durch die Besehigungsämter und fordert u. a. für die Ingenieure den Rang des ersten Offiziers. Die Rechte sollte doch mit sich leben lassen und die Heizerzulagen wieder bewilligen. Beschlägen wir die Sache noch einmal und stimmen wir dann morgen dafür. (Beifall links.)

Staatssekretär von Tirpitz geht auf eine Reihe von Einzelanregungen vom Vordere ein. Das Reichsmarineamt hat nicht die Macht, die Wohnungsverhältnisse ohne weiteres zu ändern. An private sollen Offizierslohn nicht rieren. Den Ingenieuren Strafgehalt an Bord zu geben, verstoßt gegen ein altes militärisches Prinzip der Marine. In diesem Jahre haben wir mehr als ein doppel so großes Angebot an Ingenieuren als wir Stellen besetzen können. Das zeigt doch, daß die Karriere nicht so schlecht sein kann. Der Staatssekretär spricht über die Remunerationen in Belgeland. Man solle doch einmal endlich die Herren zur Ruhe kommen lassen. Sie sind dort so vernehmlich, daß sie böse werden müssen. (Beifall.) Da muß man ihnen eine kleine Entschädigung gönnen, damit sie auch einmal nach Hamburg fahren können. Damit schließt die Ansprache.

Die am 11. d. M. Abstimmlung über die Heizerzulagen findet morgen statt.

Darauf verlegt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr: Marineetat und Justizetat. Schluß 7 1/2 Uhr.

Zweite Beratung des Etats des Ministerium des Innern.

Abgeordnetenhaus.

26. Sitzung vom Dienstag, 14. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Döllwig. Der Geheltnerrath, betreffend die Bewilligung weiterer Etatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse städtischer Arbeiter und von gering besoldeten Staatsbeamten, wird in dritter Lesung nach kurzer Debatte genehmigt.

Die zweite Beratung des Etats des Ministerium des Innern wird fortgesetzt beim Titel 'Ministergehalt'.

Hg. v. Biebertal (kon.): Der Ehrenfiskus der Berliner Polizei ist rein und wird hoffentlich auch rein bleiben. Von einer

Bezeugung des Wills bei Befehung der Landratsstellen kann keine Rede sein. In Halle Wagner hatte der Kreis über die Wohnung zu befinden. In das Selbstverwaltungsrecht der Kreise dürfen wir nicht eingreifen.

Abg. v. Trautmannsdorf (Wol): In einem oberflächlichen Orte wurde eine Versammlung mit einem öffentlichen Vortrag angesetzt. Der Regierungsrath hat diese Versammlung trotz entgegenstehenden Urtheils des Oberverwaltungsgerichts aufzuheben lassen. Es herrscht gerade Anarchie in der Verwaltung uns gegenüber. Was nicht es, denn 1 1/2 Jahre später das Oberverwaltungsgericht uns Recht gibt. Oberpräsident, Regierungsrath und Oberbürgermeister erscheinen zu den Generalversammlungen des Dinarbeitervereins, der zum Vortritt aufsteht. Sollten sie ihr bisheriges Verhalten nicht als taktlos empfinden?

Minister v. Döllwitz: So lange die Beamten das Recht haben, zu Mitgliedschaften des Abgeordnetenvereins und des Reichstages gewählt zu werden, müssen sie auch das Recht haben, für ihre eigene Wahl in derselben Weise einzutreten wie alle anderen Kandidaten. Das gilt auch für die Landräthe. Der Wg. Hüsch hat geltend gemacht, daß nicht kontrollirbarer Beschlüssen gegen die Polizei erhoben. Ich habe meine Stellungnahme zum allgemeinen Verhalten der Polizei nicht für entwickelt und habe meinen früheren Ausführungen nichts hinzuzufügen. (Beifall rechts.) Der Vorredner hat es als Taktlosigkeit bezeichnet, wenn sich die höheren Behörden der Provinz Polen an Dinarbeiterverein beteiligen. Er verkennt vollkommen, daß das deutsche Element in der Provinz Polen sich im Stande der Abwehr befindet. (Sehr richtig! rechts und bei den M.) Wir vermissen alle Ziele: einmal die ebenfalls politischen Vandalen wirtschaftlich und kulturell den sonstigen Bestandtheilen der Monarchie tunlichst zu assimilieren, Johann aber, unseren politischen Vandalen klar zu machen, daß die von politischen Agitatoren genährten separatistischen Träume ihnen nicht förderlich sein können. Anders ist unsere Politik so lange nicht zu denken, so lange die polnische Bevölkerung nicht abläßt, deutsche und staatsfeindliche Bestrebungen zu betreiben. (Lebhafter Beifall rechts und bei den M.)

Abg. Galt (Sp.): Im Interesse der Unabhängigkeit der Verwaltungsschritte liegen wir Vermögen dagegen ein, daß etwa das Hilfsstrafgesetz ins Oberverwaltungsgericht einbringt, dessen Rechtsprechung Vertrauen bis in radikale Kreise hinein findet. Dieses Vertrauen darf nicht erschüttert werden. Für die Entwicklung der Großstädte ist erwünscht, nicht bloß das Baugesetz, Gesundheitspflege usw. in der Hand zu haben, sondern auch die zugehörige Polizei. Eine solche Anordnung ist jetzt 1856 von der konservativen Fraktion des Herrenhauses ausgegangen. (Schr. hört! links.) Berlins entsprechendes Beschluß ist abgelehnt worden. Ich behaupte, daß in Mecklenburg Polizeibeamte in Ausübung ihrer Pflichten Verletzungen erleiden mußten. Aber dem stehen Verletzungen aus dem Publikum in großer Zahl gegenüber. Die preussische Dienstpflicht hätte das verhindern müssen. (Sehr richtig! links.) Daß sich die Berliner Stadtverwaltung von politischen Ermüdungen erlösen läßt, kann Herr v. Zedlitz nicht bemerken. (Sehr richtig! links; Lachen rechts.) Herr v. Bieberstein weiß den Liberalen die Schuld zu, daß in jedem sprechlichen Werk ein sozialdemokratisches Ei zu finden sei. (Zusatz bei den Sog.: Werden's schon ausbrennen!) Die Abänderung der Wohnung des Wg. Wagner erfolgte aus politischen Rücksichten und es geht nicht an, dagegen wendet sich eine Ermüdung. (Beifall links.)

Abg. Hüsch (Däne): Ich zugunsten der „Heimatlosen“, die in Preussens-Weichseln 1864 und 1898 geboren sind. Harmlose, arbeitssame ruhige Leute werden wie wilde Thiere herumgeführt. Der Minister löst diese Kleinigkeiten Politik ein Ende machen. **Abg. v. Harbord (St.):** Herr v. Zedlitz wird die erste beste Gelegenheit ergreifen, um Herrn Galtens Angriff zurückzuführen. Der Redner wendet sich gegen die Polen und fragt, wie mehr getan habe für den polnischen Bauern und Arbeiter, der preussische Staat aber der polnische Wohl? Seine Partei werde die Polenpolitik der Regierung nach wie vor unterstützen. (Beifall.)

Minister v. Döllwitz: Die Uebertragung einzelner Zweige der Polizei an die Stadt Berlin hat das Staatsministerium früher, soweit die Wahrscheinlichkeit in Betracht kommt, angeboten. Der Magistrat hat aber gar nicht geantwortet. In der Zwischenzeit sind die Behörden gegen die Uebertragung einzelner Polizeizweige noch verständig geworden, wenn die Angelegenheit der Kampfbereitschaft der Verhältnisse in den Großstädten. In Berlin und im Saarorten wird eine gewisse Eintheilung der Ausübung der Polizei angeordnet werden. Es können da die Vorrede nicht anders behandelt werden als Berlin. Das Gesetz des Magistrats um Uebertragung einzelner Polizeizweige ist nicht an das Staatsministerium eingereicht, sondern an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, der nach eingehenden Verhandlungen zu dem Entschluß kam, dem Antrag nicht stattzugeben. Die Beschwerden des Abg. Hüsch entsprechen nicht den Tatsachen. So lange der Wg. Hüsch auf den Deutschen dort künstlich gepflegt wird, haben wir das Recht und die Pflicht, dafür zu sorgen, daß dänische Agitatoren, und nur um diese handelt es sich, von den nationalismuskritischen Gebieten ferngehalten werden. (Beifall.)

Abg. Dr. Schiffer (nl.): Die Antwort auf die Friedensrede meines Freundes Volkmann werden wir uns merken, wenn uns wieder mangelnde Friedensstöße vorgelesen werden sollte. Das Hauptziel des Herrn von Bieberstein namte die Nationaldemokratische Bewegung, Kosenbrunn und Schützlingen. Die Sozialdemokratie ist die Feindin unserer Bewegung. (Sehr richtig! bei den Sog.) Durchgreifende Arbeit der Sozialdemokratie ist uns möglichste Befähigung aller berechtigten Volkselemente. Die Anweisung unserer Landwirthschaftsvereine ist unerschöpflich, dazu gehört der Rutz der Unvollständigkeit. (Unruhe rechts.) Der Standpunkt von Bieberstein, daß der im Wesentlichen Herr Volkmann nicht mitzurechnen habe, ist staatsfeindlich und staatsgefährlich. Der Landrat hat sich stets auf den Boden des Rechts zu stellen. Die Klagen müssen uns mehr als Ihnen. Es handelt sich hier um die Wälschigkeit auf den Staat. Auch von der Autorität heißt es: Was du ererbst von deinen Vätern hast, ererbst es, um es zu besitzen. (Lebhafter anhaltender Beifall links; Lachen rechts.)

Abg. Dr. v. Hedebrandt (Kon.): Uns ist die Rede Volkmanns nicht persönlich erschienen. Seine Kritik der Landräthe war nicht sachlich und gerecht. Statt einer Fülle von Material hat Abg. Volkmann nur den einzigen Fall Weder vorgebracht. Das ist die allgemeine Rechtfertigung der Landräthe. Herr Schiffer konnte gegen den Abg. von Bieberstein nur Einzelheiten anführen, die zum guten Theil unrichtig sind, er hat die Rede Biebersteins direkt zerstückelt. (Beifall rechts, lauter Widerspruch links.) Abg. Schiffer ist zu den Höfen der konservativen Partei gezogen und hat uns Lehren für unser künftiges Verhalten gegeben. Die Art der nationalliberalen Agitation wird der Sozialdemokratie neue Antriebe. Nachdem vor 1 1/2 Jahren eine Mehrheit der Sie nicht angehört haben, weil Sie nicht fähig waren, eine große patriotische Tat zu tun (großer Sturm links; Beifall rechts), geklopft hat, was Sie nicht leisten konnten, beizugehen Ihre Agitatoren die patriotische Mehrheit des Vaterlandsvorrats und des Eigenes. (Zusatz bei den Sog.: Schnapsloß, Liebesgaben!) Hat man uns nicht vorgelesen, daß mit einem Raub auf die Taschen des Volkes ausgeführt hätten! Ihre Agitatoren unterscheiden sich in nichts mehr von denen der Sozialdemokratie. (Großer Sturm links.) Nur verheßen es die Sozialdemokraten besser. Die Nationalliberalen haben für manche Dinge etwas, was ich nur als doppelte Aufzählung bezeichnen kann. (Sehr gut! rechts.) Auf dem

einen Blatte steht: Tod der Sozialdemokratie, auf dem anderen eine Alliance wie in Baden und Sachsen. Wenn Sie sich im Lande festgesetzt mit einer Partei isolieren, die ihrerseits die letzte Unterstützung der Sozialdemokratie findet, so ist das mindestens verdächtig. Mit Ihrer Landwirthschaftsvereinslichkeit ist es auch so eine eigene Sache. Wollen Sie leugnen, daß der Januh und die einzelnen Stände gesittlich und allseitig gegeneinander steht? (Zusatz links: Der Bund der Landwirthe hat angefangen; Widerspruch rechts.) Sie wollen das Wohl der Landwirthschaft, Kämpfer aber Ihre Ziele. Wenn wir heute in unserem deutschen Vaterlande einen Kampf alle gegen alle haben, so tragen Sie die Schuld. (Stürmischer Widerspruch bei den M.) Die Sozialdemokratie ist nicht die Frucht unserer Sünden, sondern Ihrer Sünden. (Stürmischer andauernder Sturm links; großer Beifall rechts; lebhafter Hiss bei den M.; erneuter Beifall rechts.) **Abg. Gronowits (St.):** Die „Arbeiterzeitung“ in Dortmund erfährt, man solle nicht über ruhen, als bis jeder Arbeiter 10000 bis 12000 Mark verdient. Es ist Verächtlich und Knechtlichkeit, der Waffe solche Dinge zu sprechen. In der Bekämpfung desentrums sind die Nationalliberalen von der Sozialdemokratie kaum zu unterscheiden. (Sehr richtig! rechts und im St.) Was die Sozialdemokraten hier im Hause leisten, ist daselbst, was brauchen Ihre Agitatoren hinter und leiser Ordnung aus leiten. Auch zur Augenbeziehung sind Sie nicht geeignet. (Wg. Widerspruch: D diese Hinfälligkeit!) Meine Phantasie kann Ihre orientalische Phantasie allerdings nicht überreffen. (Wg. Widerspruch: Der Wg. weiß nicht, was er sagt. Präsident v. Krömer will den Wg. Widerspruch zur Ordnung und erteilt ihm auf den Zuruf: Sie haben mit keine Bezeugung zu geben, noch einen Ordnungsruf.) Prophezeien Sie nur nicht über die nächsten Reichstagswahlen. Ihre Drohung mit der Abänderung spricht uns nicht. Aus Ihre Bäume werden nicht in den Himmel wachsen. (Stürmischer Beifall i. St.) Das Haus vertagt sich auf abends 7 1/2 Uhr. Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Keine Amnestie für Militärvergehen.

Mitte vorigen Jahres wurde von Prof. E. Richard von der Columbia-Universität in New York in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Friedensauslasses des Deutschen Amerikanischen Nationalbundes dem Reichstagler v. Bethmann Hollweg ein Gesuch eingereicht, aus Anlaß des vierzigjährigen Reichsjubiläum eine Amnestie für leichte Militärvergehen zu erwirken. Der Antragsteller erhofft auf diese Eingabe unterm 7. Februar vom deutschen Generalkonsul die Antwort, daß die Eingabe nach Anhörung der beteiligten Amtsstellen vom Reichstagler eingehend geprüft worden sei; der Antrag könne insofern keine Folge gegeben werden, weil die vierzigjährige Weidertret des Tages der Kriegserklärung keinen Anlaß zu irgendwelchen besonderen Gnadenbeweisen bietet.

Das preussische Fortbildungsschulgesetz.

Im Berliner Handwerkerhammerhause nahmen am Montag die Vertreter der preussischen Handwerkskammern zu dem preussischen Fortbildungsschulgesetz Stellung. Diese gipfelt zwar in der Anerkennung der Vorlage, aber auch dem Wunsch auf eine reichsgesetzliche Regelung. Im einzelnen wird die Ausdehnung der Pflichtfortbildungsschule verlangt, im besonderen auch auf Gemeinden unter 10000 Einwohner, soweit ein Bedürfnis vorhanden ist.

Für Handwerkerlehrlinge soll diese Pflicht grundsätzlich auf die ganze Dauer der Lehrzeit ausgedehnt werden, bis der Gesellenprüfung aber aufgehoben. Der Sonntag soll ein unterrichtlicher Tag bis 2 Uhr nachmittags zugezählt, das Schulschloß der Arbeitgeber abgestellt werden. Der Unterricht soll möglichst praktischer, der fachliche Unterricht möglichst durch Handwerker erteilt werden. Bei Schulverhältnissen soll bringende Arbeit als Entschädigung gelten. Die Anweisung, den Unterricht auch auf die weiblichen Lehrlinge auszudehnen, bezeichnet der Regierungskommissar Geheimrat Dr. v. Seefeld als zurzeit aus Mangel an Mitteln noch nicht für ausführbar.

Die für den 3. März angekündete Handwerkerkonferenz wird infolge der Dispositionen des Reichstages, auf einen späteren Termin, und zwar den 7. April, verschoben werden. Es ist wahrscheinlich, daß in den ersten Tagen des März der Etat des Reichsanms des Innern im Reichstag auf der Tagesordnung steht. Da aber der Staatssekretär des Innern Delbrück sich persönlich an der Handwerkerkonferenz zu beteiligen wünscht, muß Sorge getragen werden, daß er nicht durch die Verhandlungen des Reichstages anderweitig in Anspruch genommen ist.

Schon wieder ein Professorenstreit.

Angriffe gegen Geh. Rat Fend, der Berliner Geographen hatte, Prof. Dr. Siegfried Passarge vom Hamburger Kolonialinstitut in der inzwischen eingegangenen Zeitschrift „Globus“ veröffentlicht.

Danach sollte Prof. Fend eine Doktordisertation von Heinrich Michaelis über die Kalkpfannen des östlichen Danemarklands der Redaktion der Mitteilungen aus den deutschen Schutzgebieten zur Aufnahme empfehlen und über sie in der Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde günstig berichten, in seinem der Berliner philosophischen Fakultät übergebenen amtlichen Gutachten aber ganz anders geurteilt haben. Passarge schreibt, Fend habe damals schwere Bedenken gegen die Arbeit gehegt und sie nur mit Rücksicht auf Michaelis' eigenartige Laufbahn — gemeint ist seine Anteilnahme an dem Krieg in Afrika vor vier Jahren — als Dissertation angenommen. Die Berliner philosophische Fakultät hat nun Fend ermächtigt, sein Gutachten vollständig zu veröffentlichen. Dieses enthält keine der ihm von Passarge zugeordneten Neuerungen.

Parteinachrichten.

* Halle, 15. Febr. In unserer geistigen Volksmitte gegen einen Artikel der „Kreuzzeitung“ ist durch ein bewunderliches Versehen des Setzers die Ueberschrift des Artikels erst in die 11. worden. Wie aus dem Sinn unserer Ausführungen ohne weiteres ersichtlich ist, soll es in der Ueberschrift heißen: „Die berichtigte Kreuzzeit.“ (statt berichtigte Kreuzzeit.) heissen. Wir legen Wert auf diese Richtigelegung, weil die Saale-Ztg. im Kampfe mit politischen Gegnern auf anfänglichen Ton und angemessene Form hält. —

Kleine vermisste Nachrichten.

Zur Wahl des neuen Oberbürgermeisters in Schöneberg, Regierungsrat Dominikus hat sich, wie man uns aus Berlin berichtet, für den Fall einer Verählung von Schöneberg mit Wilmsdorf und der Wahl des jetzigen Amtverwesers Oberbürgermeisters Seiermann zum Leiter des einseitigen Stadtparkes seinen Wählern gegenüber bereit erklärt, gegen eine Abfindung von 100 000 Mark art kein Wort niederzuliegen.

Hof- und Personalnachrichten.

* Die Kronprinzessin hat am Montag das Savoy-Hotel in Kairo mit Gefolge verlassen und wohnt bis zur Ankunft des Kronprinzen, die am 5. März erfolgt, im Hotel El Sami in Helwan. Die Kronprinzessin wohnt in einer Salome-Versöhnung in der Redivivalepalast.

* Aus Berlin wird berichtet: Der Reichstagsler und Frau v. Bethmann Hollweg hatten zu dem parlamentarischen Abend am Montag etwa hundert Einladungen ergehen lassen. Die Mitglieder des Bundesrates, des Reichstages und des Abgeordnetenhauses waren zahlreich erschienen, darunter der bayerische Gesandte Graf Beckenried, die Bundesratsbevollmächtigten Frau v. Ribba, Dr. Rehe, Dr. v. Bonin und andere. Von den Reichs- und Landtagsabgeordneten bemerkte man den Präsidenten Kreis-Sperner-Erdwits, v. Normann, Graf Malte, Dr. Krenzl, Dr. Burmeister, H. G., Eberling, Dr. Kund, Behrens, Giesberts und andere. Die Reichs- und Staatsbehörden waren vertreten durch den Minister des Innern v. Döllwitz, den Minister für Landwirtschaft, Forst- u. Gabeler, die Staatssekretäre Dr. Delbrück, v. Aderles-Weadter und v. Lindquist, die Unterstaatssekretäre Schreiber, Forst, v. Coels von der Brüggen, v. Eichenhart-Roth, v. Wahnshaffe, die Ministerialdirektoren Coplar, Köhler, Dr. Förster, Dr. Schmidt, Dr. Sourwig, Dr. Thiel und Dr. Hindenburg, Präsident des Reichsjustizamtes Vadenap, Geheimrat Dr. v. Steinmetz, Generaldirektor der Landwirthschaftslehre der Provinz Brandenburg v. d. Marwitz, Fürst Lichnowsky, Geheimrat Hammann, Geheimrat v. Oppen, die Professoren v. Martin, Brändel, Baum, Brande, die Kaiser Liebermann und Kampf, Ingenieur und Industrie waren vertreten durch die Herren Schöller, v. Wundelsohn, Dr. v. Schmalohr, Krüger, Generalsekretär Dr. Schweghofer. Vom Januhand waren Geheimrat Ritter und Oberbürgermeister a. D. Knobloch erschienen. Der Landwirthschaftsrat vertreten durch Herrn v. Eden-Gräunhofen, Prof. Dabe, Prof. Max Delbrück, Prof. Schering, die Landwirthschafts-Vereinsleiter durch Rittergutsbesitzer v. Freier-Hoppenbabe, der Bund der Landwirthe durch Herrn v. Wangenheim, das Landeshöflichkeitsamt durch Dr. v. Ulrich, das Oberlandesfiskusamt durch Herrn Präsidenten Dr. Meß. Von der Presse waren eine Reihe Correspondenten geladen. Die Gäste blieben bei angeregter Unterhaltung bis gegen Mitternacht zusammen. Der Reichstagsler zog viele der Anwesenden ins Gespräch.

Die kommende Reichstagswahl.

Im württembergischen Wahlkreis Eßlingen, wo 1907 im ersten Wahlgang der nationalliberale Wg. Prof. Bespel gewählt wurde, haben die Nationalliberalen den Rechtsanwält Riß in Neutingen aufgestellt.

Im württembergischen Wahlkreis Hall-Dehringen, wo 1907 das Mitglied des Bundes der Landwirthe Vogt-Gosdini im ersten Wahlgang gewählt ist, hat die fortschrittliche Volkspartei den Landtagsabg. Schöck-Gaidorf aufgestellt.

Ausland.

Die Beilehung des Barons v. Rothchild.

Unter außerordentlich großer Beteiligung fand Dienstag vormittag das Beilehungsbegehren des Barons v. Rothchild in Wien statt. An unübersehbaren Reihen saßen vor dem Trauerhaufe die Mannen und Frauen, die die Trauerzüge aus allen Kreisen der Gesellschaft und der Hofgesellschaft, der Finanzwelt und der Behörden brachte. Eine große Anzahl der Trauerzüge hatte sich in die Apartments des Palais begeben, um den Mitglieder der Familie Rothchild ihr Beileid auszubringen. Der weitaus größte Teil der Anwesenden hatte sich im Beileid und im Vorhof versammelt.

Um 11 Uhr erschienen die Mitglieder der Familie Rothchild im Beileid. Dann trat der Beilehungs den Weg nach dem Jentalfriedhof an. Auf der Straße bildete ein nach Tausenden zählendes Publikum Spalier. Auf dem Friedhof wurde der mit Kränzen geschmückte Sarg in die Halle getragen. Nach Ablegung des Trauergefanges hielt der Oberabbirner einen Redezeit. Dann wurde der Sarg im Familiengruftloofe beigesetzt.

Die Kämpfe im Wadal.

Aus Paris meldet der Draht: Aus einem Briefe vom 17. November von Wadal geht hervor, daß vier Tage nach dem Kampfe von Durbahle, also am 13. Nov., Hauptmann Faure mit den Majoritäts und den Leuten von Durbahle bei Saqami, etwa 10 Kilometer von Durbahle, ein glückliches Geseht bekam. Mit seinen 100 schwarzen Schützen brachte Hauptmann Faure dem Feinde eine hitzige Niederlage bei, tödete ihm 200 Mann und hatte selbst keinen Verlust. Durbahle und seine Anhänger zogen sich östwärts gegen Daur zurück. Am 16. November gingen die französischen Streitkräfte mit ihren Verbunden und ihren Geschützen, deren sämtliche Zugtiere gefallen oder geraubt waren, auf der Straße nach Bio-Tamil zurück und erreichten am 17. Wandal.

Die Lage war bei Wandal dieses Briefes ausgezeichnet und der Erfolg des Hauptmanns Faure hatte allen Soldaten den Mut wieder vollständig aufgebracht. Die europäischer Verbundenen dom 9. November befanden sich alle auf dem Wege zur Stellung.

Kleine wassernachrichten.

Ein galizischer Massenaustand in Wien. Dienstag vormittag begaben sich Deputierte der galizischen Ritz, insgesamt 2500 Personen, unter Führung galizischer Abgeordneter, in das Handelsministerium in Wien. Eine Deputation überreichte dem Minister ein Memorandum, das die Bitte um Verhängung der wirtschaftlichen Interessen der Galizier enthielt. Dann begab sich der geladene Zug zur Hofburg, wo sich eine Deputation in die Kabinetstanzlei des Kaisers begab und eine Subligungsadresse über-

reichte. Die Deputationsführer begaben sich dann zum Parlament, wo vier Mitglieder von den Ombdänen der Kolonialräte empfangen wurden. Der Vorkonferenz der galizischen Deputierten in der Nationaltracht erregte auf der Ringstraße großes Aufsehen.

Wegen einer Dreyfus-Prozessur verhaftet.

Journal" berichtet aus Lyon: Saupmann Pietri vom 2. Infanterieregiment, das im Lager von Satonay an der Rhone lagerte, wurde infolge der Veröffentlichung einer Flugblätter, die gegen die Disziplin verstößt, verhaftet. Die Militärbehörden verweigern alle Abhandlungen über die Verhaftung. Die Flugblätter trägt den Titel "Die beiden Geiseln" und hat in der Hauptsache die Dreyfus-Affäre zum Gegenstand.

König Peter beim König von Italien. König Peter III. wie man aus Belgrad drahtet, Dienstag früh in Begleitung des Ministers des Äußern zum Besuche des Königs und der Königin von Italien nach Rom abgereist.

39. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats.

(Nachdr. verb.) S. u. H. Berlin, 14. Febr. 1911.

Unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Grafen Schöner-Löwicz trat heute vormittag im Sitzungssaale des Herrenhauses der Deutsche Landwirtschaftsrat zu seiner 39. Plenarversammlung zusammen. Auf der Ministerbank saßen der Staatssekretär des Innern Deßbrück, der Landwirtschaftsminister v. Schölerer, Dreyer sowie Kommissare der anderen Bundesstaaten Platz genommen. Der Vorsitzende Graf Schöner-Löwicz eröffnete die Versammlung. Er teilte mit, daß der Kaiser heute nicht zugegen sein könne, jedoch für Freitag früh Erhöhen zugesichert habe, um der Erörterung einer bedeutsamen Landesultimfrage beizuwohnen.

Landesultimfrage des Innern Deßbrück führt aus: Der Reichstagspräsident ist durch Dienstgeschäfte verhindert, heute hier zu erscheinen; er habe ihn aber beauftragt, die Herren in seinem Namen zu begrüßen.

Nach der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten weist der stellvertretende Vorsitzende Freiherr v. Soden-Frauenhofen darauf hin, daß der Vorsitzende Graf Schöner-Löwicz mit der diesjährigen Tagung zehn Jahre lang an der Spitze des Deutschen Landwirtschaftsrats steht.

Hierauf wandte sich die Plenarversammlung dem wichtigsten Punkte ihrer diesjährigen Verhandlungen: "Maßnahmen für

die Fleischversorgung der Bevölkerung

und die Erfüllung der Städteverordnungen zu den Anträgen des Deutschen Landwirtschaftsrats in derselben Angelegenheit" zu. — Der Referent Geh. Deconomierat Andrá (Braunsdorf) legte seinen Bericht den Beschluß des vorjährigen Deutschen Landwirtschaftsrats in der gleichen Angelegenheit zugrunde, der dann an insgesamt 511 Städte des Deutschen Reiches gelangt worden mit dem Ersuchen, von etwaigen Maßnahmen auf diesem Gebiete Mitteilung zu machen. Es antworteten 168 Städte, von denen jedoch nur 31 in Erörterungen des Themas eingetreten sind; darunter Hamburg, Köln, Weimar, Bremerhaven, Königsberg und Offenbach am Main.

Der Redner bedauert das außerordentlich geringe Interesse, das die deutschen Stadtverwaltungen dieser wichtigen Frage entgegengebracht hätten, obwohl doch gerade die vorliegenden Berichte einiger weniger Verwaltungen beachtlich erkennen ließen, daß auch die Städte bei Lösung dieser Fragen wirksam mit eingreifen könnten. Die deutsche Landwirtschaft habe die Fleischproduktion zielbewußt weitergeführt. Weiland, wenn die Fleischpreise von neuem anzuheben hätten, so liege das an den Städten, auf die sie keinen Einfluß ausüben könnten. Im vorliegenden Falle müsse man sich auf die Frage beschränken, welche Maßnahmen angeordnet erscheinen, um die deutsche Bevölkerung mit Fleisch zu versorgen, daß die Fleischpreise in angemessenem Verhältnis zu den Verkaufspreisen des Schlachttieres auf dem Lande ständen. Dabei habe die Landwirtschaft selbst hinzuwirken, daß die Qualität der Tiere durch passende Zuchtmaßnahme gesteigert werde. Freizüchtung könne die Viehzucht nur dann mit dauerndem Erfolg geübt werden, wenn ihre Rentabilität sicher gestellt sei. Man müße größere Futtererträge erzielen, um von Auslande unabhängiger zu sein. Die Verhältnisse auf dem Gebiete des Viehhandels haben sich infolge der Ausbreitung der Kreditnotenscheinmassen zweifellos gehoben. Bezüglich des Fleischverbrauchs muß jedoch betont werden, daß die Lebenspreise in der Regel beim Herabgehen der Schlachttierpreise nur spärlich folgen. (Sehr richtig!) Als Regulator der Fleischpreise sollten deshalb Kommunalverordnungen jeder Art die Möglichkeit haben, selbst Fleisch zu schlachten und das Fleisch direkt an das Publikum zu verkaufen. Besondere Beachtung verdient die Vermehrung von Rindern und sonstigen Viehhäuten zur Schweinefleisch. Schließlich empfiehlt der Redner noch dafür zu sorgen, daß an den Schlachthöfen Kommissarien vorhanden sind, die den direkten Verkauf des Schlachttieres der Landwirte vermitteln. Den Bundesregierungen empfiehlt der Redner, die Kultivierung der Moore und Heideflächen zu befördern, sowie den Handel mit Schlachttier auf den Märkten entsprechend zu regeln und zu beaufsichtigen. Dann würde die gesamte Bevölkerung Deutschlands nicht mehr Unmuthen von geleisteter Arbeit und Kapital nutzlos aufwenden, um trotzten an einer Fleischnot zu sterben. (Sehr richtig.) Als Ergebnis seiner Untersuchungen legt der Referent Geh. Deconomierat Andrá folgende

Anträge

1. Der Deutsche Landwirtschaftsrat beschließt sich Bedauern aus, daß das Ergebnis der zulasten Beschluß der 38. Plenarversammlung bei 511 Stadtverwaltungen gehaltenen Umfrage, die Geneigtheit vieler Stadtverwaltungen, bei der Lösung der Frage der Verbilligung der Fleischversorgung mitzuwirken, vernünftig ist.
2. Die deutsche Landwirtschaft ist den erhöhten Anforderungen an die Versorgung des einheimischen Fleischmarktes nachgegeben. Das vereinzelt die Marktlücken nicht ausreicht, wird durch die Verbilligung der Fleischpreise, die durch geschäftliche Maßnahmen des Handels, die unerwünschten Herabsetzung der Fleischpreise im Kleinhandel liegt aber in Verhältnissen herab, die auf deren Befriedigung die Landwirtschaft einen Einfluß nicht ausüben vermag.
3. Es ist Pflicht der deutschen Landwirtschaft, ihre Leistungsfähigkeit auf dem Gebiete der Fleischproduktion mit dem zunehmenden Bedarfe an Fleisch weiter zu steigern. Letzteres

erreichung durch beinträchtigende Maßnahmen nicht gesichert wird, b) durch weitere Steigerung der einheimischen Futtererzeugung, c) durch Kultivierung der Moore und Heideflächen.

4. Die landwirtschaftlichen Interessenvertretungen haben durch Förderung des Genossenschaftswesens auf dem Gebiete der Viehzucht, insbesondere durch Hinweis auf die Einrichtungen der Zentralstelle für Viehzucht, zur Lösung der Fleischversorgungsaufgabe beizutragen. Zu ihren Aufgaben gehört auch die Aufführung der interessierten Kreise über die Bewegung der Schlachttiere und Fleischpreise. Die Preisberichterstattung des Deutschen Landwirtschaftsrats wird deshalb beauftragt, fortlaufend über die Bewegung der Schlachttiere und Fleischpreise Veröffentlichungen zu machen, insbesondere durch graphische Darstellungen der gleichzeitigen Schlachttier- und Fleischpreise weite Kreise auf die vielfach abweichende Bewegung der Großhandels- und Kleinhandelspreise aufmerksam zu machen.

5. Von den Stadtverwaltungen ist dafür Sorge zu tragen, daß die Spannung zwischen Schlachttier- und Fleischpreisen sich in gerechtfertigten Grenzen behalt. Vor allen Dingen ist es notwendig, a) daß die im Interesse der Viehhaltung der städtischen Konsumenten getroffenen Einrichtungen zum Zwecke der Verbilligung mit Fleisch unter Beachtung einer möglichen Verbilligung und Tilgung des Anlagekapitals zur Verfügung gestellt werden, b) daß eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Notierung der Preise für Lebens- und Schlachttiere auf den Schlachttiermärkten durchgeführt wird, c) daß das Verständnis der Konsumenten über die Unannehmlichkeit der jeweiligen Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreisen gefördert wird.

6. Die Förderung der Kultur von Mooren und Heideflächen durch Gewährung von finanziellen Beihilfen erscheint gerechtfertigt und angezeigt.

Während des Vortrages ist der Herzog-Regent Johann Albrecht zu Mecklenburg im Saale erschienen.

In der

Disputation

nimmt zunächst Freiherr v. Wonneheim das Wort: Der größte Mangel ist der, daß die Fleischpreise eine Preisbewegung zeigen. Die Hauptursache an den hohen Fleischpreisen tragen die kleinen Viehhalter, die Lebensmittelpreise. Redner kommt dann auf die Futtermittel zu sprechen. Dem Kartoffelbau drohe eine schwere Gefahr. Es ist leider nicht möglich gewesen, dem letzten Kartoffeljahr auch nur einen kleinen Zoll auf Kartoffeln durchzusetzen.

Minister Referat: Nachdies der Vertreter für Sachsen-Weimar-Eisenach: Eine vom mecklenburger Staatsministerium eingesetzte Kommission war der Ansicht, daß an den hohen Fleischpreisen nur die Landwirtschaft schuld sei, die nicht imstande sei, genügend Vieh zu produzieren. Es wurde aber festgestellt, daß die Viehhalter zu teuer verkaufen. Es würde sich empfehlen, die Preise zu senken, damit der Konsument erfrischt, wie es bei der Preisfestsetzung ausreicht.

Der Antrag findet jedoch nicht genügende Unterstützung und scheidet daher aus. — Der Antrag des Referenten Andrá wird einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende Graf Schöner-Löwicz teilt mit, daß er wegen des Erscheinens des Herronsen von Braunfels zunächst einen späteren Punkt der Tagesordnung zur Erörterung bringen werde, da sich der Herronsen-Regent für kolonialpolitische Interessen interessiert. Es erhält das Wort Geh. Regierungsrat Professor Dr. Wollmann (Halle a. S.) zu dem Thema:

„Die Ziele und Wege der landwirtschaftlichen Entwicklung unserer Kolonien.“

Der Redner führte aus, unter deutschen Kolonien sind keine Auswandererkolonien gemeint, dafür jedoch für unsere deutsche Volkswirtschaft sehr bedeutungsvolle Landwirtschaftskolonien. Wollen wir unsere wirtschaftliche Freiheit und Selbständigkeit nicht weiter einbüßen, so müssen wir die weiten Landflächen unserer Kolonien zur landwirtschaftlichen Produktion heranziehen. Das ist eben nicht wie die Kultur und Melioration unserer Moore und Heideflächen. Das große Problem, welches es zu lösen gilt, heißt: „Amerikanische Landwirtschaft betreiben in der Heimat und in den Kolonien!“ Der Grund und Boden unter Schutzabgabe ist so mannigfaltig und so gut, daß wir alle Kolonialpflanzen auf ihm anbauen können. Etwa 2 1/2 Millionen Hektar in rationeller Kultur würden heute bereits ausreichen, sämtliche pflanzlichen Kolonialprodukte, welche Deutschland benötigt, zu erzeugen. Um dieses Ziel zu erreichen, gilt es vor allem, den deutschen Landwirt für seine kolonialen Aufgaben zu interessieren und anzuregen. An jenen, klugen Entschlossenen und Bauernsöhnen ist bereits heute ein Ueberfluß vorhanden. Wir bedürfen an unseren Hochschulen im Lande außer den Rechtswissenschaften für Kolonialrecht auch solche für tropische und koloniale Landwirtschaft, in unseren Kolonien statt Kommunitäten vorerst landwirtschaftliche Schulen. Solange ist es Aufgabe der Reichsregierung, in offen unteren Kolonien die Vermaltung auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse auszuwirken, vor allem Landbesitzer, landwirtschaftliche Berufsorganisationen, botanische Gärten und Kulturgärten auch für die Belehrung der Eingeborenen einzurichten. In den Kolonien selbst muß das landwirtschaftliche Vereinswesen gepflegt, landwirtschaftliche Genossenschaften und landwirtschaftliche Kreditinstitute begründet werden. Unser Ziel muß daher sein

eine Agrar-Kolonial-Politik,

und unter Wegnahme derselbe, den die deutsche Landwirtschaft in der Heimat geübt hat. Die deutsche Landwirtschaft ist reich dafür, aus unsere koloniale Landwirtschaft zu entwickeln. (Sehr richtig.) Der Referent legt schließlich folgende Leitsätze vor:

1. Der Deutsche Landwirtschaftsrat muß beschließen, daß es für notwendig erachtet: 1. daß Professoren für koloniale und tropische Landwirtschaft an den höheren landwirtschaftlichen Lehranstalten Deutschlands bedingt errichtet werden, 2. daß mit möglichst vollständiger landwirtschaftlicher Ausbildung im Reichskolonialamt geschaffen werden, 3. daß in unseren Kolonien die Vermaltung mehr wie bisher landwirtschaftlich ausgestattet wird, indem bei jedem Gouvernement nicht nur landwirtschaftliche Sachverständige anwesend, sondern auch landwirtschaftliche Kulturämter zur Förderung der Landwirtschaft eingerichtet werden, 4. daß in unsere Kolonien in größerer Zahl als bisher landwirtschaftliche Lehrkräfte und Rationen auch zur Förderung der Viehzucht eingerichtet und angewandten ausgestellt werden und dazu ferner für die Anlage von botanischen Gärten und Vermehrung der Kulturpflanzen Sorge getragen wird, 5. daß die Einrichtungen für die systematische Erziehung und Belehrung der Eingeborenen zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion in unseren Kolonien vermehrt werden.

Nach der Pause referierte Geh. Regierungsrat und Medizinalrat Prof. Dr. Dammann (Hannover) über die „Ausführungsbestimmungen zum Viehsteuergesetz“.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf die Frage: „Sollen in der Ernährung der ländlichen Bevölkerung Deutschlands wesentliche Änderungen stattfinden?“

Der Referent, Landesökonomierat Dr. Herz (München), sagte seine Ausführungen in folgender

Art

zusammen: „Wo die neue landliche Kost nicht zweckmäßiger und besser als die frühere ist, muß durch Belehrung und Vorbild Abhilfe geschaffen werden. Es ist anzustreben, daß alle, welche bisher schon so hingebend für das Volkswohl mit den Behörden zusammengearbeitet haben: Viehhalter und Frauenvereine, landwirtschaftliche, milchviehhaltende, genossenschaftliche Körperchaften, Vereine, Genossenschaften, Lehrer, Lehrereinstellungen zu pflegen und weiter auszubauen, welche der Volkswirtschaft und Volksbelehrung, Säuglingen, und Kranken, ferner, Kinder- und Volksernährung, Hauswirtschaft, Alkoholbekämpfung, Futtermittel- und Viehhaltung, Gewinnung, Behandlung, Verwertung und Verwendung der Milch und ihrer Erzeugnisse dienen.“

Der Antrag des Referenten wurde angenommen.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 15. Februar.

Die Kandidatur des Stadts. Pfantsch

zum Reichstag wurde gestern abend im Verein der Liberalen für Halle und den Saalkreis einstimmig proklamiert. Es wurde mit Freuden bemerkt, daß gerade auch die Nationalliberalen der Person dieses Kandidaten ihre Sympathie entgegenbringen und sich bereit erklärt haben, ihn mit aller Kraft zu unterstützen.

Auf den Verlaufe der Versammlung, die eine reiche Tagesordnung erzielte und erst gegen 12 Uhr ihr Ende fand, kommen wir im Abendblatt ausführlich zurück.

Paul Bender, der Bassist der Münchener Hofoper, der uns zuletzt am 1. Dezember in der „Götterdämmerung“ als Sagen eine Probe seiner gefangenen Leistungsfähigkeit und dramatischen Gestaltungskraft gegeben, ist jetzt als Mitglied in Gounods unvergänglicher Oper „Faust“ eine Figur — so eigenartig und gewaltig — wie sie hier wohl noch niemals zuvor auf der Bühne des Stadt-Theaters fand. Das Publikum war tief ergriffen, es feierte den Münchener Künstler durch zahlreiche Hervorrufe. Auf den sonstigen Verlauf der Oper, die Herr Kapellmeister Glismann mit Bravour leitete, kommen wir heute abend ausführlich zurück.

W. G.

p. Naturwissenschaftlicher Verein für Sachsen und Thüringen. Die letzte, sehr gut besuchte außerordentliche Sitzung im Auditorium maximus brachte einen höchst instruktiven Vortrag von Herrn Prof. Dr. Spieß, Direktor der Königl. Akademie in Jena, über ein die Gegenwart so außerordentlich interessierendes Thema: Fernsprechen mit und ohne Draht. Der Redner hatte die große Mühe nicht gelassen, ein sehr umfangreiches Instrumentarium mit zur Stelle zu bringen, das in Gemeinschaft mit den Bildbildern die Ausführungen wesentlich dem Verständnis näher brachte.

Nach einem historisch-statistischen Exkurs ging der Vortragende auf die aktuellen Grundlagen des Fernsprechens, die Töne der Schallwellen bei den verschiedenen Klangfarben ein und kam zu dem Resultat, daß eine einzige Membran nicht alle möglichen Schwingungen in gleicher Weise gut weitergeben könne (s. B. Sprachapparat). Auch wurde die Entdeckung des Sprechapparates verfolgt. Der grundlegenden Erfindung von Philipp Reis, der es durch das Mikrophon — zuerst in Form eines Dreiecks — schon anwandte, folgte die für die Praxis bedeutungsvolle, in der Folgezeit im Prinzip nicht verlässliche Verbesserung des Empfangsapparates durch Graham Bell. Das theoretisch durch Umkehrung der Energien lo sich interessanter Fernsprechen ohne Elemente — nur vermittelt der Wellenströmung zweier Hörer — wurde bald als unpraktisch wieder beiseite gelegt; nicht umgekehrt, sondern Auslösung der Energie blieb in Zukunft die Lösung. Hughes, dem Erfinder des Apparatentelegraphen, haben wir die Verbindung der Erfindungen von Reis und Bell zu verdanken. Ein Kommando-Telephon der Marine zeigte, bis zu welcher Kraft die Lautwidergabe gegenwärtig geübt ist. Dem Telephonentelephon ist auf weite Entfernungen erstlich der Lautwiderstand hinderlich, der durch passende Transformatoren — die bekannten Induktionswiderstände — überunden wird. Schwieriger war die Befreiung der elektrischen Kapazität der Kabel, die gewissermaßen wie große elektrische Flaschen wirken. Auch hiergegen sind aber Mittel gefunden worden, wie die Papierumwicklung (Kunstisolierung) der einzelnen Adern und die Einschaltung der Puffkondensatoren durch deren Anwendung die Rollen der Leitungsapparate möglich verbindet werden. Wie auch andere Empfangsapparate möglich sind, beweist die folgende Experimente, die getragene Musik ganz selbständig wiederholt. Das Fernsprechen ohne Draht mit Hilfe von Selenzellen ist schon älteren Datums. Durch passende Spiegelanordnungen hat man es damit bis zu 30 Kilometer Entfernung bringen können. Dieses Prinzip ist aber für die Praxis wenig geeignet, und man hat dagegen neuerdings die Frage verfolgt, die viel weiterentwickelte Telegraphie ohne Draht auszuweichen hat. Besonders der getriebene dänische Forscher Poulsen, der Erfinder des Telephonanten, hat auf diesem Gebiete viel gearbeitet. Die schnellsten, unerbürden Wechsel (Zestafälle) werden hierbei bemerkt; man bildet gewissermaßen Gruppen durch Einschaltung log. Detektoren oder Gleichrichter, die die Ströme wieder Wirkungen hervorbringen lassen, die für das menschliche Ohr vernehmbar sind. Auch das wurde anlässlich erläutert. Eine Konturrenz dürfte die Telephonie ohne Draht ihrer älteren Schwester wohl in absehbarer Zeit nicht bereiten, einestells wegen der zu der neuen Methode nötigen gewaltigen Energiemengen, Jobann aber auch wegen der allseitigen Ausbreitung der Wellen, die eine Richtbarkeit des Gespreches erschweren.

Walhalltheater. Morgen findet im Walhalltheater eine Sensations-Premiere statt. Zugleich mit dem Februar-Programm debütiert Volte Sarzow in ihrem padenden Mimodrama „Die Ehebrecherin“. Die Künstlerin hat mit diesem Mimodrama loben in London einen einstimmig anerkannten Sensationserfolg gehabt.

Vorträge des Frauenvereins. J. u. K. -V. Halle. Die beiden letzten Vorträge dieses Winters werden n. d. s. im Volksbildungsverein, sondern im großen Hörsaal des Seminarsgebäudes der Universität gehalten werden, weil die Lichtbilder hier besser zur Anschauung kommen. Herr Professor Dr. Heder hält seinen Vortrag „Über

Beziehung beim Menschen" am Donnerstag, den 16. Februar, und Herr Professor Dr. Karsten trägt die Kellerei aus Kalkfornien an 9. März vor. Die Besucher dieser Vorträge wollen diese Veränderungen beachten.

Provincial-Nachrichten.

Franken'sche Kinder.

Leipzig, 14. Febr. Franken'sche Kinder waren am geistigen Montag zum ersten Male dem heiligen Schloßhofsmarkt zugezogen. Es waren 14 franken'sche Säuglinge und 8 franken'sche Säuglinge, die die heimliche Vieh-Kommissionen-Straße und die Schloßhofs-Markt gebracht hatte. Die Kinder haben sofort zu hohen Preisen Absatz. Die ersten 7 Kälber gingen in den nächsten Tagen in die Kantonien nicht entgegen. So wird man in den nächsten Tagen veritables Boef à la mode in unserem Leipzig versehen können.

Polizeiort. 14. Febr. (Gemeindevertreter-Sitzung.) Freitag abend hat die Gemeindevertretung im Gasthause „Zu den drei Lilien" eine Sitzung.

1. **Dollau** v. Scheiblich, 13. Febr. (Neubefehung.) Für die zum 1. April zu behebende Lehrstelle hier ist Herr Lehrer Degen von der Gemeinde ausgerufen worden. Herr D., welcher bereits zwölf Jahre in Trebnitz bei Merseburg amtiert hat, genügt gegenwärtig seiner mittelhohen Dienstzeit.

Schwärz bei Niesbrositz, 14. Febr. (Eiserne Zeitung.) Der Bau der Hochspannungs-Verleitung ist hier und in den Nachbarkantonen beendet, eben so der Niederspannungs-Ertrags- und der Hausanschlässe.

(1) **Wretha**, 14. Febr. (Eiserne Hochzeit.) Dieser Tage feierte das Döblicher Döblicher Ehepaar im Kreise ihrer Angehörigen das Fest der Silbernen Hochzeit. Dem diesem Anlaß wurden dem Ehepaar zahlreiche Gratulationen zuteil.

Ringelien, 14. Febr. (Von der Tabakente.) Die amtliche Vernehmung des im vorigen Jahre geremten Tabaks ist am 10. v. M. beendet worden. Der Ertrag ist als ein sehr guter zu bezeichnen. Für den Jänner wurden 32 Mat erst. Steuer bezahlt, ein Preis, welcher seit langer Zeit nicht erzielt wurde.

Merseburg, 14. Febr. (Verlegung.) Der Regierungsbaumeister des Hochhausfaches Laufenberg wurde von Merseburg nach Heidenburg verlegt.

Erfurt, 13. Febr. (Auser Entenjaßberung.) Der 32 Jahre alte Sohn des Amtsvorstehers Zellmann aus Wipperfleth fiel auf einer Entenjaß in einen Teich und ertrank.

Erfurt, 13. Febr. (Verhaftet.) Der seit längerer Zeit wegen Urkundenfälschung und Betrugs hinfällig verurteilte Rechtsanwält Adolf Reibel ist in Wipperfleth verhaftet worden.

Mühlhausen, i. Th. 13. Febr. (Staub.) Im benachbarten Niederborla brach heute früh ein großes Schindelfeuer aus. Es sind die Scheunen dreier Besitzer, sowie die Scheune und Nebengebäude der dortigen Mädchenschule mit großem Futter- und Viehbeständen, landwirtschaftlichen Maschinen und Geräthen niedergebrennt. Der Schaden ist sehr bedeutend. Die Entschädigungsurtheile des Feuers ist noch unbekannt.

Gotha, 14. Febr. (Verzweigung.) Am Vormittag gegen 3 Uhr erschlug sich auf Friedhof V der Einwohner Günther Heyer aus Gelnhausen. Es ist derselbe Mann, der sich am Freitag im Sammerloch zu Georgenthal zu ertränken versucht hatte, durch hinzugekommene Personen aber gerettet wurde. Jedoch falls sind finanzielle Verluste beim Selbstmord der Grund zur Begehung der Tat gewesen. Die Angehörigen des Toten wurden von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt.

Coburg, 14. Febr. (Die Einberufung des gemeinlichen Landtags.) Der gemeinliche Landtag der Herzogtümer Coburg und Gotha wird am Dienstag, den 21. Februar, vormittags 11 Uhr in Gotha zu einer Session zusammengetreten.

Ohdruf (Zähringen), 13. Febr. (Die organisierten Spielwarenfabrikarbeiter) beschließen, eine Spielwarenfabrik für eigene Rechnung zu errichten.

Cöthen, 14. Febr. (Die Lotterie für das Heimatmuseum genehmigt.) Dem Komitee zur Gründung eines Heimatmuseums für Stadt und Kreis Cöthen ist seitens der Herzoglichen Regierung die Erlaubnis zur Veranstaltung einer in zwei Serien auszuliehenden Geldlotterie erteilt worden. Da auch die übrigen Verhandlungen dem Wohlstand nahe sind, dürfte in nicht all zu langer Zeit an die Verwirklichung des Lotterietheiles gedacht werden können.

Salzungen, 14. Febr. (Hotels, Privatpensionen und Vergrößerung der Steuern.) Ueber das Verhältnis der Harzer Hotels und der Privatpensionen in Bezug auf Zimmerzahl, Gemeindefreier und Fremdenfrequenz in den wichtigsten Kurorten des Harzes hat der Statistiker des Harzes auf Grund der amtlichen Kurkarten eine Statistik aufgestellt, aus der hervorgeht, daß die privaten Personen nicht nur die größere Anzahl der Zimmer veräußern, sondern auch den größten Teil der Fremden beherbergen, während die Aufbringung der Steuern zum größten Teil den Hotelbetriebern zur Last fällt. Der Verband der Hotelinhabenden des Harzes hat, wie die „Anh. Harzzeitg." meldet, im Anlaß an diese Statistik Veranlassung genommen, die Behörden erneut auf die vorliegenden, die Entwicklung der Harzer Hotelindustrie außerordentlich schädigenden Verhältnisse hinzuweisen.

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Der hiesige außerordentliche Professor in der Philosophischen Fakultät der Universität zu Kiel Dr. Georg Landsberg ist zum ordentlichen Professor in hiesiger Fakultät, und der hiesige Professor an der Akademie für praktische Medizin zu Köln Dr. Max Mathes zum ordentlichen Professor in der Medizinischen Fakultät der Universität zu Marburg ernannt worden.

Chronik.

Dr. Emil Jacobson 7. In seiner Charlottenburger Wohnung ist am 11. d. M. der einst vielgenannte Chemiker und humoristische Schriftsteller Dr. Emil Jacobson im 75. Lebensjahre gestorben. Jacobson, der aus Danzig stammte, war, wie Julius Stinde, mit dem er die glänzendste humoristische Bewegung gemein hatte, ursprünglich Apotheker, bevor er sich der schriftstellerischen Tätigkeit widmete. Aus seiner Feder stammen eine ganze Reihe humoristischer Schriften, unter ihnen: „Reaktionär in der Weltanschauung" 1862, „Münchener der Utopisten" 1868, „Die Verlobung in der Welt" 1868, „Eine alte Kamille" 1864, „Das Lied von der Apotheke", ferner „Niederbach für städtische Falscher". Er war Mitverleger der „Industrieblätter", die er mit dem Apotheker Hager zusammen begründete. Ferner gab er längere Zeit hindurch ein „Chemisch-technisches Repertorium" heraus.

Der Meier Richard Ebner ist in Wünnen im Alter von 65 Jahren gestorben. Seine Leiche wurde zur Feuerbestattung nach Ulm gebracht.

Louis Gundlach, der bekannte Dresdener Lieberthompist, erlitt Montag abend auf dem Wege nach dem Zentraltheater einen Schlaganfall, der seinen Tod herbeiführte.

Theater und Musik.

Das 18. Anhaltische Musikfest findet bestimmt Anfang Mai unter der Leitung des Dessauer Hofkapellmeisters Franz Mikoren in Bernburg statt. Als Hauptwerke kommen zur Aufführung: Wanderers Sturmlied von Richard Strauß, der 13. Psalm von Liszt und die 9. Symphonie von Beethoven.

Bühnenchronik.

Der Herzog von Gotha ernannte Charlotte Baft 6 zum Ehrenmitglied des dortigen Hoftheaters. „Der Gardeoffizier", das mit Spannung erwartete dreieitige Lustspiel Franz Molnars, erlebte seine Uraufführung im Deutschen Volkstheater in Wien. In dem Stück versucht ein großer Schauspieler in der Verkleidung eines schönen Gardeoffiziers die Treue seiner Frau. Die Aufnahme beim Publikum war glänzend.

L. R. Das Gaspiller der Dresdener Hofoper in Paris mit dem „Mosaik" aller mit allem Ansehen nach nicht aufzukommen, da sich dem Unternehmen finanzielle Schwierigkeiten in den Wehellen, die zum Teil auf zu hohen Forderungen der Soubretten beruhen. Die gesamten Kosten einschließlich der Reisekosten sollen 350000 Francs betragen. In Paris waren zehn Aufführungen geplant.

„Der Bettler von Spratus" nennt Hermann Sudermann seine neueste Bühnenbildung, ein Versdrama, eine Tragödie in fünf Akten nebst einem Prolog; die Handlung spielt zur Zeit der Kämpfe zwischen Griechen und Karthagern um die Herrschaft über Spratus. Sudermann hat sein Werk den Bühnen noch nicht übergeben.

Vermischtes.

Zur Nervosität der Telephonadamen.

In der Berliner „A. Z." am Montag" lesen wir: Vor einigen Tagen haben sich Gerichtsverhandlungen aufleben ereigt, die durch die Nervosität von Damen unserer Berliner Fernsprechanlagen herbeigeführt wurden und die beide mit der Fernsprechanlage der angeklagten Sinder endigten. Ein anderer Fall, der ein interessantes Streiflicht auf die in den Telephonadamen herrschende Nervosität wirft, ereignete sich kürzlich in Budapest. Wie die Zeitschrift für Schachforschung mitteilt, arbeitete dort ein Mechaniker im Fernsprechanlage. Er stand hierbei auf einer Leiter, trat bei einer Bewegung sehr und fürzte herab. Bei diesem Sturz fiel er einen Schrei aus. Dieser Schrei hatte eine ganz ungewöhnliche Wirkung. Von den 250 im Amt beschäftigten Damen wurden nämlich nicht weniger als 42 von Krämpfen befallen und ihr Zustand war ein derartiger, daß sie ins Spital übergeführt werden mußten. Ueber auch die anderen, bei denen es nicht so schlimm stand, wurden derartig nervös, daß sie den Fernsprecher nicht mehr bedienen konnten. Infolgedessen mußte der Betrieb auf eine volle Stunde eingestellt werden und konnte dann erst langsam und allmählich wieder aufgenommen werden.

Dieses Ereignis ist insofern typisch, als es in charakteristischer Weise zeigt, wie außerordentlich angreifend der Dienst in den Fernsprechanlagen auf die Nerven wirkt und wie es deshalb für die Behörden sich empfehlen dürfte, einerseits mögliche Erleichterungen für die Damen selbst herbeizuführen, andererseits aber nicht sofort zum Rabi zu laufen, sobald einmal eine dieser nervösen Damen sich beleidigt glaubt, denn gerade die jüngsten Verhandlungen haben ergeben, daß die Nervosität nicht zu unphänomenalen Wahrnehmungen führt. (Es gibt wohl auch keine deutsche Stadt, die zum Ranzel „Nervosität der Telephonadamen" nichts zu erzählen wüßte. D. Red.)

Eine Hundertmillionen-Erbischaft.

Seit einigen Tagen befindet sich die Bevölkerung des kleinen neussaulischen Dorfes Nidershausen bei Weilburg an der Rahn in einer gewaltigen freudigen Erregung wegen einer Erbschaft von über hundert Millionen holländischer Gulden von der wie man jetzt und früher behauptet, daß sie unermert ist, in welchem Fall sämtliche Bewohner näher oder enklarer mit einander verwannt sind, zugefallen ist. Es handelt sich um die Hinterlassenschaft des im vergangenen Jahrhundert verstorbenen Admirals der holländischen Flotte Würtz, der ein Deutscher war. Dessen Niderhausenern ist vom holländischen Staate in Verwaltung genommen, weil sich bei dessen Ableben legitime Erben nicht meldeten. Nun hat eine Familie Georg in Nidershausen, seit Uraufväterzeiten in einer Gde auf dem Boden eine verblüffende alte Truhe gefunden, von welcher man annahm, daß sie leer sei. Der jetzige Eigentümer wurde von Reugier gepackt, er ließ den Kasten durch einen Schlosser öffnen und fand darin einen Stammbaum des Admirals Würtz im Jahre 1828 vom Harzer nach den Niderhäusern aufgestellt, der klipp und klar den Nachweis überbringt, daß die berühmte holländische Seemann aus Nidershausen stammt, und daß hier noch seine nächsten Verwandten leben. Der Stammbaum ist vom holländischen Konsul in Frankfurt a. M. 1828 wegen seiner Richtigkeit beglaubigt. Auf Grund des wasserhaltigen Dokumentes wollen nun Niderhäuser Familien Erbansprüche geltend machen und haben bereits einen Giechener Rechtsanwalt damit betraut, die nötigen Schritte zu unternehmen, damit ihnen der Millionenvermögen ihres berühmten Vorfahren zuteil wird.

Der Wirth in der Blumenstraße in Berlin.

Der unter dem Verdacht, die Kientere Frau Hoffmann betäubt und ermordet zu haben, am 21. Dezember v. J. in Haft genommene Sattler Franz Wiele dürfte in aller nächster Zeit aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen werden. Das Verfahren gegen W. wird aber noch nicht eingestellt. Es soll lediglich dem am 9. Februar von dem Rechtsbeistand des W. geschickten und einseitig begründeten neuerlichen Selbstentlassungsgesuch entsprochen werden. Dem Untersuchungsrichter sind mehr als 20 Entlassungsgesuchen benannt worden, und durch deren Berücksichtigung scheint des Belastungsmaterial eine erhebliche Abschwächung erfahren zu haben.

Ein Wilderer erschossen. Auf dem fürstlichen Schloßwäldchen Jaggschloß in Lubow wurde der schätzliche Bauernjagd Jüngling Franz von zwei Ferkeln im Wilderern ertrankt. Als er auf wiederholten Zuruf nicht helfen blieb, vielmehr auf die Beamten das Gewehr anlegte, gab einer von ihnen auf ihn einen Schuß ab, der den Wilderer tot zu Boden stredte.

Auf der Bühne getödtet. In der Southern Presbyterian Mission in Sou-tcheu (China) veranstalteten chinesische Christen zu Ehren des Missionenschatz an dessen Geburtsstag eine Theateraufführung. Der Hauptdarsteller Dr. Yang mußte nach seiner Rolle am Schluß des Dramas ermordet werden. Zur deutlichen Verständigung der Ermordung hatte er sich eine mit einer roten Flüssigkeit gefüllte Waage unter die Kleidung gebunden, die sein Mörder Duan mit dem Dolch treffen sollte. Duan fiel daneben und verletzte Dr. Yang so schwer, daß er nach wenigen Minuten starb. Die Zuschauer glaubten, die Zuckungen des Sterbenden seien als zur Rolle gehörig markiert und erfuhren erst nach Beendigung des Stückes die Wahrheit.

Sein Robeln verunglückt. Bei Geigenhof (Kanton Thurgau) führen drei junge Leute mit einem Robelshüten den Gegen gegen eine Eiche an, daß ein 20jähriger Jüngling namens Rubin auf der Stelle tot blieb und die beiden andern schwerverletzt wurden.

Sport-Nachrichten.

Robelrennen in Schierke.

Man schreibt uns aus Schierke: Die Ergebnisse des Robelrennens am Montag, den 13. Febr., sind folgende: Herr Oberkanten Bade 53% Set, II. Herr Westphal 54% Set, III. Herr Bamies 56% Set.

Damenrobelen: Es starteten 8. I. Frä. Raubut 57% Set, II. Frä. Kühnemund 58% Set, III. Frä. Weller 1 Min. 1% Set.

Robelen um den Preis der Stadt Bernigerode: Es starteten 11. I. Herr Oberkanten Bade 55% Set, II. Herr Raben 57% Set, III. Herr Gebide 57% Set.

Weghitzerrobelen: Es starteten 7 Paare. I. Herr Westphal und Frä. Stecher 55% Set, II. Frä. Lohmann und Frä. Dela Gengre Dräbe 58% Set, III. Frä. Raubut und Herr Raben 60% Set.

Die Ergebnisse des Robelrennens um den Preis vom Schloß Bernigerode sind folgende: I. Wly (E. Hupfeld), II. Wolan (Zehnyff).

Letzte Nachrichten.

Zur Reile des Kaiserpaars nach Köln.

H. Köln, 14. Febr. Zur Reile in der hiesigen Presse, daß der Besuch des Kaiserpaars für den 22. März festgelegt sein soll, teilt das hiesige Nachrichtenamt mit, daß der Termin noch nicht bekannt gegeben sei, und daß auch in den nächsten Wochen kaum die Bestimmung des Tages für den Kölner Besuch zu erwarten sei.

Sturm in der kretischen Kammer.

Wien, 14. Febr. Die letzte Verlesung der kretischen Kammer verlief höchst stürmisch. Die dortige Regierung kämpft energisch gegen die Abänderung der Deputation nach Europa, da es das Beste sei, die Frage dem Wohltun der Wächte zu überlassen. Die Opposition dagegen ist zur äußersten Kampflinie für die Abänderung der Deputation entschlossen. Viele Deputierte drohen mit Demission und Einberufung von großen Volksversammlungen in ihren Bezirken. Die Stimmung in der kretischen Bevölkerung ist gegen die Regierung gerichtet.

König Peters Romfahrt.

W. Rom, 14. Febr. Die Polizeibehörde hat angeordnet, des morgigen Besuchs des selbstigen Königs umfassende Maßnahmen entgegen. Der Wohnhof ist vollständig geräumt. Alle Angestellten werden entfernt. Die Abfertigung der Züge erfolgt außerhalb des Bahnhofs. Die Straßen, in denen der Einzug erfolgt, werden von der gesamten Bevölkerung leer gehalten. Die Polizei hat umfassende Erkundigungen über verdächtige Elemente vorgenommen. Mehrere Hausinsiduen fanden statt, auch erfolgten in den letzten Tagen einige Ausweichungen.

Falschmünzer.

Düsseldorf, 14. Febr. Die Kriminalpolizei verhaftete in Düsseldorf-Eller wegen Falschmünzerei den Stukkarer Theodor Schrö. Zahlreiche falsche Zweimarkstücke und das zur Herstellung verwendete Material wurde beschlagnahmt.

Sympathieuntergebung für Harzer Jatho.

Kemfeld, 14. Febr. Die große Gemeinde der hiesigen evangelischen Gemeinde hat mit großer Mehrheit beschlossen, dem Harzer Jatho in Köln eine Sympathieadresse zu überreichen.

Vermischte Drahtnachrichten.

Köln, 14. Febr. In Zentrumstreifen besteht die Absicht, im Hinblick auf die Bedeutung der nächsten Reichstagswahlen zum erstenmal einen deutschen Parteitag desentrums einzuberufen. (Bisher begnügte man sich mit Provinzialerwerbungen und Besprechungen der Abgeordneten.) (Die Red.)

Remberg, 14. Febr. Heute begann der Prozeß gegen 101 ruffenische Studenten wegen Teilnahme an den Ausschreitungen der Remberger Universität am 1. Juli 1910, bei denen der ruffenische Student der Rechte, Kodo, durch einen Revolverhieb getödtet wurde.

Christiana, 14. Febr. Das Schiff der deutschen Antarktischen Expedition „Deutschland" ist heute nach Sandefjord nach Hamburg abgegangen.

Kap Haitien, 14. Febr. Hier ist die Meldung eingetroffen, daß die Revolutionäre die Stadt Quana-minh niedergebrennt haben.

Unterhaltungsblatt.

Freiheit. Roman von Walter Schmidt-Säpler. (Fortf.) — Falschmünzerei. — Bunte Zeitung. — Literatur.

Vertung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichte, Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Meitner; Neuesten, Vermischtes um: Martin Neuchammer; für den Inseratenteil: Adolph Barth. Druck und Verlag von Otto Sende. Eigentümer in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.

